

Berlin, 2. November 2023

Pressemitteilung des Vorstands

Kuba besiegt die USA in der UN-Vollversammlung haushoch mit 187 : 2

In der UN-Generalversammlung votieren 187 Staaten gegen die US-Blockade und für Kuba!

Die US-Blockade gegen Kuba zum 31sten Mal einhellig verurteilt. Biden-Regierung international isoliert.

Am Donnerstag, dem 2. November 2023 hat die UN-Generalversammlung zum 31. Mal seit 1992 erneut mit überwältigender Mehrheit die Blockade der USA gegen Kuba verurteilt und ihre bedingungslose, sofortige Beendigung gefordert.

187 Staaten votierten für das unverzügliche Ende der US-Blockade. Lediglich 2 Staaten waren für die Beibehaltung der Blockade (USA, Israel), und 1 enthielt sich der Stimme (Ukraine).

Bislang wurden diese eindeutigen Verurteilungen und Niederlagen der US-Völkerrechtsverletzungen und der klare Sieg Kubas von fast allen deutschen und westeuropäischen Medien **totgeschwiegen**, dabei sind derartig eindeutige Ergebnisse selten.

Mit deutlichen Erklärungen prangerten alle RednerInnen die von den USA seit 1960 unilateral verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade an als völkerrechtswidrig und eklatante Menschenrechtsverletzung.

Sie forderten die US-Regierung außerdem auf, Kuba von ihrer sogenannten „Terrorliste“ zu nehmen, denn dies „entbehre jeder Grundlage“ (Caricom).

Eindrucksvolle **Statements** kamen von Dutzenden von Staaten, außerdem von supranationalen Staatenverbänden wie ASEAN, CARICOM, CELAC, Group of 77 and China, OIC etc. Auch die EU stimmte einmütig für die Resolution und damit gegen die Blockade. Vom Repräsentanten Singapurs wurde erwähnt, dass 80% der Bevölkerung Kubas ausschließlich unter der Blockade lebten, nicht davon befreit leben konnten und können.

In zahlreichen Statements wurde die US-Politik als brutaler, rücksichtsloser Verstoß gegen die UN-Charta und gegen Prinzipien des internationalen Friedens, **als Wirtschaftskrieg, ökonomischer Terrorismus und als Genozid** der Supermacht gegen den kleinen benachbarten, karibischen und friedfertigen Inselstaat verurteilt.

Hingewiesen wurde hingegen auf die selbstlose Hilfe, die Kuba anderen Ländern zukommen lässt, wie z.B. durch medizinische Einsätze und Medikamentenlieferungen, durch unentgeltliches Studium für tausende junge Menschen aus Ländern des globalen Südens, durch die erfolgreiche Moderation der Friedensverhandlungen zwischen Kolumbiens Regierung und der FARC. Auch die vorbildliche Gesundheits-, Bildungs- und Klimapolitik wurde gelobt.

Das erklärte **Ziel** der US-Blockade gegen Kuba ist seit 1961 (O-Ton US-Regierung 1961) „das wirtschaftliche Leben zu schwächen..., damit die nominalen und realen Löhne sinken, um so Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu erreichen“.

Die US-Blockade verursacht in Kuba **enorme Schäden** und beeinträchtigt eine selbstbestimmte Entwicklung. Allein der direkte ökonomische Schaden Kubas beträgt bislang insgesamt **1.391 Milliarden US\$** (bemessen an der Entwicklung der Kurse von US\$ und Goldpreis).

Durch die US-Blockade wurde das BIP der Republik Kuba in diesem Jahr um etwa 4,5% abgesenkt.

Die ökonomischen Schäden und die Beeinträchtigungen für Drittländer wie Deutschland werden in den Jahresberichten der kubanischen Regierung faktenreich dargelegt [siehe <http://www.netzwerk-cuba.de/2020/10/cuba-vs-bloqueo/>].

Die Blockadepolitik hat extrem **dramatische Folgen für die Bevölkerung** in Kuba: Geldüberweisungen von Familienangehörigen werden verunmöglicht, auswärtige Unterstützung sogar für Gesundheitsprojekte wird verhindert, wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und übersteuert importiert werden, das Transportwesen muss massiv eingeschränkt werden, US-Touristen dürfen nicht nach Kuba reisen etc.pp.

Außerdem schädigt die Blockade Unternehmen, Banken, Organisationen, sogar Vereine und Bürger:innen in allen Ländern, verletzt deren Bürger- und Freiheitsrechte. Die US-Institutionen maßen sich mit den „**extraterritorialen Effekten**“ an, ausländische Akteure zu hohen Geldstrafen zu nötigen, weil sie mit kubanischen Institutionen und Partnern kooperieren oder Handel betreiben. Investoren werden durch diese „Politik der Angst“ abgeschreckt.

Bundesregierung, EU und die westlichen Regierungen äußern sich zwar verbal gegen die US-Blockade und votieren entsprechend, unternehmen aber bislang nichts Konkretes, sondern lassen dieses Unrecht geschehen und beteiligen sich weiterhin daran. In ihrem Statement in der UN erwähnten sie dies nicht.

Unterdessen wächst weltweit der Druck gegen die US-Blockade. Gefordert werden konkrete, spürbare Maßnahmen zur Beendigung der US-Blockade, zu deren Umgehung, zu wirksamen Gegenmaßnahmen, und eine Umsetzung der sogenannten „Anti-Blocking-Resolution“ der EU (von 1996). Zahlreiche Aktivitäten von Vereinen, NGOs, Parteien, Kirchen, Verbänden und Solidaritätsgruppen wurden und werden durchgeführt, um die Freiheit von Kuba zu unterstützen.

Weitere Informationen: Dr. Edgar Göll, M: 0157-82421146